

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

für
Stadt und Land.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberg.

N: 151.

Paderborn, 18. December

1849.

Uebersicht.

Korrespondenz des Abgeordneten Herrn Hesse.

Deutschland. Berlin (die 2te Kammer und der engere Bund; die Actionaire der rhein. Eisenbahn); Düsseldorf (der Prinz von Preußen); Stettin (das Offiziercorps der Marine); Kassel (Ausweisung zur Wahl zum Reichstage); Flensburg (eine Note des Herrn v. Tillysch); Dresden (östr. Truppen); Karlsruhe (das provisorische Wahlgesetz); München (Fürst Windischgrätz); Wien (die Colonisation Ungarns; die Commissäre der deutschen Centralgewalt nach Frankfurt abgereist).

Frankreich. Paris (Thiers und die Getränkesteuer; Verhöhnung der Geschwornen in Straßburg).

Italien. Rom (Admiral Daudin; Cardinale Gastracane und Tosti).

England. London (Bericht der Industrie-Ausstellung).

Amerika. (Nachrichten aus Montevideo.)

Vermischtes.

Berlin, 15. Decbr. 1849.

In der gestrigen Abend Sitzung der Kammer wurden die Differenzialpunkte bei Revision der Verfassungsurkunde zu Tit. III. IV. V. VIII. IX und X — welche zwischen der ersten und zweiten Kammer noch bestehen — zur Verathung und resp. zur Ausgleichung gebracht. Die Artikel 41. 42. 45. 56. 59. 61. 62. 63. 67. 69. 71. 74. 79. 103 und 111, welche von nicht wesentlichen Dingen handeln, und wobei die Differenz mehr eine Sache der Fassung war, sind nach dem Vorschlage der ersten Kammer angenommen; dagegen hat die zweite Kammer ihre Beschlüsse festgehalten bei

a. Art. 49, welcher festsetzt, daß bei Auflösung einer Kammer innerhalb 40 Tagen die Wähler, und innerhalb 60 Tagen die neue Kammer versammelt werden möchte; die erste Kammer hatte diesen Termin um 20 resp. 30 Tage erweitert.

b. Art. 60. Die erste Kammer hatte dazu den Zusatz vorgeschlagen: Entstehen Zweifel darüber, ob gehörig verkündigte, ohne Mitwirkung der Kammer erlassene, Gesetze oder Verordnungen dieser Mitwirkung bedurften, so steht den Kammern zu, über die Gültigkeit solcher Gesetze u. Beschlüsse zu fassen. Hierzu waren 3 Amendements eingebracht, welche mit dem vorgedachten Beschlusse der ersten Kammer zu 4 verschiedenen namentlichen Abstimmungen führten, jedoch mit Stimmenmehrheit sämtlich verworfen wurden. Der unterstrichene Nachsatz des Art. 60, welcher früher den angefeindeten §. 105 bildete, ist demnach beseitigt.

c. Der Art. 77, welcher nach der Fassung der zweiten Kammer also lautet: Beamte bedürfen zwar keines Urlaubes zum Eintritt in die Kammer, sie tragen aber die Kosten der Stellvertretung nach den durch das Gesetz festzustellenden Grundsätzen, war von der ersten Kammer modificirt; auch diese Modification ist von der zweiten Kammer verworfen, und der Beamte dadurch den übrigen Kammermitgliedern gleichgestellt worden.

d. Die Art. 98. 99. und 108 gaben, wie früher, zu näheren Debatten Veranlassung; sie handeln von der Finanzverwaltung, und namentlich war es der §. 108 der Verfassung, welcher in seinen 7 ersten Worten die Bestimmung enthält: „die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben“ bis u. Die eine Partei in der zweiten Kammer beantragte die Trennung dieser drei im innigsten Zusammenhange stehenden §§.; die andere dagegen machte geltend, daß eine Trennung der Debatte darüber nicht denkbar sei; diese letztere Partei siegte endlich mit ihrer Ansicht, und so erfolgte in namentlicher Abstimmung das Resultat: daß mit 197 gegen 99 Stimmen die frühere Fassung der zweiten Kam-

mer, mit Wegstreichung der oben unterstrichenen 7 Worte, beibehalten und der Beschluß der ersten Kammer verworfen wurde.

e. Zu Art. 100 hatte die erste Kammer den Zusatz beliebt „vorbehaltlich der Grundsteuer-Entschädigungsfrage“ wird die bestehende Steuergesetzgebung einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Auch dieser verhängliche Zusatz ist von der zweiten Kammer abgelehnt.

Es geht nunmehr dieser definitive Beschluß der 2ten Kammer an die 1te Kammer zurück; will diese jenen Beschlüssen nicht beitreten, dann wird es bei der Fassung der Verfassungs-Urkunde verbleiben, welche jedenfalls besser ist, als der angehängte Ballast der ersten Kammer.

Die Verathung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung ist in der ersten Kammer beendet, und geht nun zur Verathung in die 2te Kammer. Diese hat nun die Aufgabe, manche That der ersten Kammer wieder auszumergen. Unter anderen enthält die Beschlußnahme der ersten Kammer die Bestimmung: daß die Bildung der Samtgemeinden (Aemter) von der künftigen freiwilligen Entschließung der Gemeinde abhängen, und daß, wenn sich ein Gutsbesitzer zur unentgeltlichen Verwaltung eines solchen Amtes finde, diesem solche gegen Erstattung der Bureaukosten übertragen werden solle; sonst aber müsse das Amt die Befoldung aufbringen. Es ist dies dieselbe Bestimmung, welche in der jetzigen Landgemeinde-Ordnung für Westphalen, jedoch unter anderer Flagge, enthalten ist. Ich bin von jeher für die Wahl der Gemeindebeamten gewesen, aber eine solche facultative Bestimmung, wie die vorstehend angedeutete, führt zu Auslegungen und Anwendungen, die der Verwaltung nur Nachtheil bringen können. Die zweite Kammer dürfte daher diese und ähnliche Bestimmungen beseitigen, und die freie Bewegung der Gemeinden als Hauptgrundsatz festhalten.

Hesse.

Deutschland.

Berlin, 13. Dec. Man beklagt in diesem Augenblicke sehr lebhaft die Abstimmung der zweiten Kammer am 3. Decbr. über die deutsche Frage, weil das Resultat ein solches ist, was den Vertrag vom 30. Sept. beinahe desavouirt hat, man beklagt, daß nicht die Meinung des Grafen Arnim durchgedrungen ist, und daß das Volk'sche Amendement verworfen wurde, man beklagt, daß ein Mißtrauensvotum statt einer offenen Bestimmung gegeben worden ist. Man fühlt sehr wohl, daß die letzte österreichische Note, welche an den diesseitigen Minister des Auswärtigen abgegeben worden ist, eine Folge jener Abstimmung ist, man fühlt, daß es mit einem Bündnisse zwischen Oesterreich und den vier Königreichen Wahrheit werden kann, man fühlt, daß man vergessen hat, Oesterreichs Stellung zu Preußen zu würdigen; man fürchtet, daß durch das Mißtrauen der Volksvertretung in die Bestrebungen des Ministeriums ein Mißtrauen gegen dieses gelegt wird, und daß dieses Mißtrauen auch in dem engeren Bund um sich greifen kann. Mit einem solchen Mißtrauen in und gegen den engeren Bund wird der 26. Mai bald seine Bedeutung verloren haben. — Die Fraktionshäupter der zweiten Kammer haben sich dahin geeinigt, möglichst viel Zeit zu ersparen und deshalb soll auch die nochmalige Revision der Verfassung in der Art vor sich gehen, daß über die Differenzpunkte der ersten und zweiten Kammer keine Discussion statt finden soll. — Die hiesigen Aktionäre der Rheinischen Eisenbahn haben sich vereinigt, und eine Denkschrift verfaßt, welche sie dem Ministerium und den Kammern überreichen wollen, und worin das Gefährliche einer Concurrenzbahn dargethan werden soll. — D. B.

Düsseldorf, 14. Dec. Gestern Abends gegen halb 8 Uhr